

CDU Rheinland-Pfalz - Rheinallee 1a-d - 55116 Mainz

Herrn  
Sascha Haubrich  
Nordstraße 7,  
56244 Goddert

**Landesverband Rheinland-Pfalz**Rheinallee 1a-d  
55116 Mainz+49 6131 28470  
+49 6131 5544799www.cdurlp.de  
info@cdurlp.de

Mainz, 16. November 2020

Sehr geehrter Herr Haubrich,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. Oktober 2020, in der Sie uns Ihre Meinung zu den Straßenausbaubeiträgen mitgeteilt haben.

Als Antwort auf die Forderung der CDU-Landtagsfraktion zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und nach der Ablehnung unseres Gesetzentwurfs im vergangenen Jahr, haben SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die Städte und Gemeinden zur Einführung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge verpflichtet.

Aus unserer Sicht stellt dies weder eine Weiterentwicklung dar, noch ist damit eine echte Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Vielmehr wurde damit flächendeckend eine Art „Straßensteuer“ eingeführt, die auch von denjenigen zu bezahlen ist, deren Grundstücke an qualifizierten Straßen, wie Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen, liegen. Zudem entspricht es einem elementaren Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung vor Ort, da Kommunen existieren, die sich bisher bewusst und auf Wunsch der Bürgerinnen und Bürger gegen die Einführung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen haben.

Für uns als CDU bleibt es dabei, dass einzig und allein die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine echte Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Dabei muss selbstverständlich sichergestellt sein, dass die Anteile der Anlieger durch echtes Landesgeld ohne Belastungen der Städte- und Gemeindehaushalte oder des kommunalen Finanzausgleichs ersetzt werden. Auch haben wir mit unserem Vorschlag ein Verfahren etabliert, bei dem die Kommunen auch in Zukunft die Planungs- und Entscheidungshoheit behalten und nicht auf die Gunst der Landesregierung angewiesen sind.

Da wir davon überzeugt sind, dass nur unsere bisherige Forderung, nämlich die Abschaffung der Beiträge, eine echte Lösung des Problems darstellt, werden wir uns im Zuge der Landtagswahl, in möglichen Koalitionsverhandlungen und im parlamentarischen Prozess der kommenden Legislatur erneut dafür einsetzen.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund,

  
i.A. Miriam Siefen